Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag. Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (G. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark 7.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 67 — Mittwoch, den 25 Januar 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

für die Gemeindebehörden, betr. Zahlung von Beiträgen zur Landesschulkasse.

Aus Anlaß der Aufforderung der Kreiskasse in Herzberg vom 12. d. Mts. an die Schulverbände des Kreises über die Entrichtung von Beiträgen zur Landesschulkassen habe ich heute an die Regierung in Hildesheim berichtet. Ich habe um Ermäßigung der geforderten Beträge bezw. um Aufschub des Zahlungstermines und vor allem um eine Prüfung darüber gebeten, ob die von den Gemeinden bereits geleisteten Beiträge und die Staatszuschüsse voll in Anrechnung gebracht sind.

Die Kreiskasse ist hiervon benachrichtigt. Bis zur Entscheidung der Regierung — wovon ich Mitteilung geben werde — ersuche ich die Gemeinden und Schulvorstände vorerst keinerlei Zahlungen an die Kreiskasse in Herzberg zu leisten.

Ilfeld, den 23. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. v. d. Ow.

Bekanntmachung.

Betrifft: Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.

Nachdem der Herr Reichsminister des Innern und der Herr Reichsverkehrsminister den Vorschlägen der Eisenbahndirektion Berlin zugestimmt haben, soll das Verzeichnis der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung berechtigten Vereine bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden. Vom 1. Januar 1922 ab erhalten nur noch die in das Verzeichnis aufgenommenen Vereine die Vergünstigung.

Die Grundsätze für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung sind durch den Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1921 — III 3569 II — an die Landesregierung bekannt gegeben, die in Frage kommenden Vereine können sie hier (beim Magistrat) erfahren. Wir weisen darauf hin, daß nach dem Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 18. juli nur solche Vereine berücksichtigt werden sollen, deren Bestrebungen auf körperliche Ertüchtigung und Gesundung der Jugend abzielen ohne Rücksicht auf die politischen Richtungen der Vereine. Die Vergünstigungen sollen auch die besonderen Jugendabteilungen solcher Vereine erhalten, die nach ihrer Bezeichnung keine Jugendpflegevereine sind (z. B. Jugendabteilungen der Turn-, Ruder-, Schwimm-, Ballspielvereine usw.), vorausgesetzt, daß der Zweck dieser Vereine die Pflege der Leibesübung ist. Die Ermäßigung wird nicht nur zu Wanderfahrten, sondern auch zur Besichtigung an sportlichen Veranstaltungen, wie z. B. zur Austragung von Wettkämpfen gewährt.

Die in Frage kommenden Vereine wollen Gesuche unter Beifügung der Satzungen umgehend hier einreichen, die Vereinsvorstände können sich in dieser Angelegenheit bei uns informieren.

Elbingerode, den 24. Januar 1922

Der Magistrat: Seltze.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungs-Präsident in Hildesheim hat durch Verfügung vom 3. d. Mts. I. III. 3198 Herrn Bürgermeister Seltze zum Standesbeamten für die Stadt Elbingerode, sowie die Gutsbezirke Elbingerode Forst und Braunschweigisches Forsthaus ernannt.

Elbingerode, den 24. Januar 1922.

Der Magistrat.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 25. Januar 1922.

— Der Wert der deutschen Mark betrug Montag in Amerika 2,03 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 202,01 Mark, während in Berlin am Montag amtlich 204,04 Geld notiert wurde.

— Der Wert der deutschen Reichsmark betrug in Amerika Sonnabend und Sonntag 2 1/2 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars am Sonnabend in Berlin von 199 80 Mk.

— Bei der Schutzpolizei Aschersleben sind mehrere Beamtenstellen zu besetzen. Bewerber zwischen 21 und 23 Jahren — Soldat brauchen sie nicht gewesen sein — die Lust und Liebe zum Polizei-Beruf haben, können sich mündlich oder schriftlich beim Kommando melden. Papiere sind vorzulegen. Größe nicht unter 1.70 m.

— Wie erspare ich Postporto? 1. Man wird in Zukunft die Postkarte mehr als bisher an die Stelle des teuren Briefes treten lassen. Für größere Mitteilungen wähle man das größere Postkartenformat, das man fast nicht zu kennen scheint; dasselbe hat die Größe der gelben Paketkarten. Diese Postkarte bietet auf der Rückseite und auf der linken Vorderseite in den meisten Fällen hinreichend Platz selbst zu größeren Mitteilungen. 2. Man benützt die Aschnitte der Postanweisungen, Zahlkarten und Paketkarten mehr als bisher zu Mitteilungen, die Porto für einen gleichzeitigen Brief oder eine Postkarte sparen lassen. 3. Nimm die, namentlich im Geschäftsverkehr, ein Postscheckkonto statt des teuren Geldverkehrs mit Postanweisungen. 4. Wer Pakete unter Wertangabe oder Einschreiben versenden will, übergebe erst, ob es wirklich nötig ist. Gewöhnliche Pakete sind ohnehin mit sovielmal 10 Mk. bei der Post versichert, als die Sendung Pfund wiegt, also ein Fünfkilogrammpaket mit 100 Mk. Die Einschreibung für 1 Mark versichert die Sendung nur mit dem festen Satz von 42 Mark. 5. Gib du ein Paket zur Post bringst, wäge es zu Hause ab, ob es nicht bloß um ein Weniges die Gewichtsgrenze (5 Kilo, 10 Kilo usw.) überschreitet; wenn möglich, erleichtere das Paket um dieses kleine Uebergewicht und du wirst die nach den neuen Postgebühren 6 Mk. bezw. 9 Mark ersparen. 6. Wenn es der Inhalt des Pakets zuläßt, so laß dasselbe nie schwerer als 10 Kilo sein; andernfalls teile man die Sendung in zwei Pakete und du kannst die 8 bis 22 Mark ersparen. 7. Wenn möglich, so kaufe bei den Geschäftsleuten am Platze und du erspart dir Porto für Bestellung, für Zusendung der Ware und für Geldeinsendung, dazu noch manchen Schaden und Verdruß. 8. Schreibt du Aufschriftkarten, so begnüge dich mit fünf Grußworten und das Portokostet nur 40 Pfennig statt 1,25 Mark (Postkarte). 9. Mache Gebrauch von der offenen Drucksachenkarte, welche nur 40 Pfennig Porto kostet.

— Krankenversicherungsgrenze 40000 Mark. Vom Reichstage wurde ein von allen Fraktionen unterzeichneter Gesetzentwurf über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigte und Grundlöhne in der Krankenkasse zugegangen, der die Einkommensgrenze sowohl für die Pflicht- wie für die freiwillige Versicherung auf 40000 Mark erhöht. Das Gesetz sieht weiter eine Steigerung der Höchstbeträge für den Grundlohn vor, wobei darauf hingewiesen wird, daß das bisher zewährte Krankengeld völlig unzureichend war und die Aufschien der Krankheitsbeilung sehr ungünstig beeinflußt hat. Der gesetzliche Höchstbetrag soll von 24 auf 40, und der satzungsmäßig zulässige von 30 auf 80 Mark hinaufgesetzt werden. Eine weitere Steigerung wäre, wie die Begründung ausführt, an sich wünschenswert sie würde aber zu einer noch empfindlicheren Steigerung der Beiträge führen.

— Bureaukratische Behandlung der Telegrammbeförderung. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hage (D. Vp.) hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Ich habe am 3. Januar ein Telegramm an den Syndikus der Hamburger Handelskammer Dr. Schwenke aufgegeben mit der Anschrift: Dr. Schwenke, Handelskammer, Hamburg. Der Adressat hat die Annahme des Telegramms verweigert, weil daselbe wegen ungenügender Anschrift mit Gebühren belastet wurde. Erst nach mehreren Tagen erhielt ich durch Telegramm von dem Telegraphenamt Hamburg die Mitteilung, daß das wichtige Telegramm nicht erledigt war. In Leipzig ist mir ein Telegramm von einem Bekannten vorgelegt worden, das die Anschrift trug. David, Hotel Hauffe Leipzig und mit 4 Mark Gebühren wegen ungenügender Adresse belegt war. Sowohl die Handelskammer in Hamburg wie das Hotel Hauffe, in Leipzig sind jedem Ortsangesessenen über Lage bekannt. Man sollte von den Telegraphenämtern windestens das gleiche annehmen. Angesichts der ungeheuerlichen Verteuerung der Telegrammspesen führt eine derartige bureaukratische Behandlung wichtiger Telegramme zu einer maßlosen Verärgerung des Publikums im Verkehr mit der Reichspost. Ist die Reichsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in solchen Fällen, wo die Adresse derartig eindeutig angegeben ist, wie in den aufgeführten die Belastung mit Gebühren wegen ungenügender Anschrift unterbleibe? Ich begnüge mich mit schriftlicher Antwort.

— Postpreis? Das die ersten Tage des neuen Portos einen gewaltigen Rückgang des Postumsatzes mit sich brachten, war wohl jedem klar. Die Kalkulation der Postbehörde geht jedoch darauf hinaus, daß sich das Publikum auch diesmal wieder an die neuen Gebühren gewöhnen werde, bis an dem schließlich an einer neuen Portoerhöhung reif wird. Angesichts dieser Sachlage sind Postverbesserungen am Platze. Die darauf hinzielen, das moderne und vielfach so wirkungsvolle Mittel des wirtschaftlichen Kampfes auch auf das postalische Gebiet zu übertragen. Streiken sollen diesmal nicht die Angestellten der Post, sondern die Benutzer der Post. Sie sollen alle Möglichkeiten ergreifen, um so wenig wie irgend möglich zuzuführen. Eine solche Bewegung ist natürlich nur dann durchzuführen, wenn sich tatsächlich alle Kreise des Volkes darauf einstellen. Zunächst wird sich jeder Einzelne darüber klar sein müssen, daß selbst eine einfache Drucksache heutzutage 50 Pfennige Porto kostet, also und sowiel, wie bisher ein Brief, und er wird sich veranlaßt sehen müssen, auch der geringsten Drucksache die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden, die er früher einem Briefe bezegte. Tut er dies nicht, so hilft er den Rachen der Post noch weiter öffnen. Vieles, ja sogar das meiste dessen was bisher direkt mitgeteilt wurde, läßt sich auf dem Wege über die Presse bewerkstelligen. Das Inserat in der Presse ist im Verhältnis zu den Forderungen der Post immer noch billig, so sehr es in seinem Preise unter dem Drucke der Verhältnisse auch steigen mußte. Die Geschäftswelt wird sich im weitesten Umfange der Presse bedienen müssen, soweit es gilt, allgemeine Mitteilungen, Ankündigungen usw. zu verbreiten. Das Vertreterwesen wird allenthalben ausgebaut werden müssen, damit möglichst jedes geschäftliche Unternehmen an allen größeren Orten einen Vertrauensmann hat, den es billiger, aber auch wirkungsvoller als die Post für sich arbeiten lassen kann. Der kaufmännische Briefwechsel wird auf ein Mindestmaß beschränkt werden müssen. Auch hier ist bei einem verständigen Zusammenarbeiten beider Teile — des Absenders und des Empfängers — viel zu erreichen.

— Nichtlesen von Zeitungen — eine grobe Fahrlässigkeit. Dieses Urteil hat jetzt das Landgericht 2 in München nach einer Mitteilung der „Deutschen Gemeindezeitung" über zwei Holzarbeiter gefällt, die wegen Nichtlesens von Zeitungen die Verordnung über unbeugten Waffenbesitz nach der Abliefernungsfrist übertreten hatten. Das Gericht hat die Einwendung nicht gelten lassen, daß die Arbeiter in ihren Gebirgsdörfern keine Zeitungen zu lesen betämen.

— Folgen der Brotpreiserhöhung. Wegen der bevorstehenden Brotverteuerung nahm der Landesausschuß Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich-national) einstimmig eine Entschließung an, worin eine durchgreifende Aenderung der Lohn- und Gehaltstarife verlangt wird. Die Bayrische Volkspartei und die Sozialdemokraten haben aus dem gleichen Grunde im Landtage beantragt, daß Maßnahmen zum Schutze der Minderbemittelten ergriffen werden.

— Die Wahlen in Braunschweig. Sozialistischer Wahlsieg. Bei den im ganzen Freistaat Braunschweig abgehaltenen Landtagswahlen wurden in der Stadt Braunschweig, wie die Br. Landeszeitung meldet, 41 743 Stimmen für die bürgerlichen Parteien und 43 305 Stimmen für die sämtlichen sozialistischen Parteien abgegeben. Nicht gewählt haben in der Stadt etwa zehn Prozent Wähler. Stimmzuwachs erhielten der Landeswahlverband (6600), die Demokraten (1000), die Mehrheitssozialisten (3900) und die Kommunisten (3000 Stimmen). Hingegen haben die Unabhängigen etwa 2000 Stimmen verloren. Nach den gegen Mitternacht aus dem ganzen Lande vorliegenden nicht amtlichen Ergebnissen haben bei den Landtagswahlen die Sozialisten über siebentausend Stimmen mehr erhalten als die Bürgerlichen. — — Auch die bisher aus 290 Orten vorliegenden Wahlergebnisse haben eine sozialdemokratische Mehrheit gezeigt. Es wurden in 290 Orten abgegeben 59300 bürgerliche und 63 024 sozialdemokratische Stimmen. Die Wahlbeteiligung war in Stadt und Land durchschnittlich 90 Prozent.

— Versorgung in der Höhe der Urlaubsgebührnisse. Die Versorgungsgebührnisse können nach altem Recht nicht immer in der Höhe der Urlaubsgebührnisse gedeckt werden. Infolge der Umanerkennung nach neuem Recht werden gewisse Gebührnisse nachgezahlt. Die Urlaubsgebührnisse können aber nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums dann angerechnet werden, wenn noch kein Rentenbescheid ergangen ist, in dem sie berechnet sind. Dies ist dann der Fall, wenn ein schwebendes Versorgungsverfahren nach altem Recht in ein Umanerkennungsverfahren übergeleitet worden ist, oder übergeleitet wird. Es kann dies auch geschehen, wenn die Umanerkennung nach neuem Rechen vorbehalten worden ist. Die vorschußfreien Monate müssen bei der Aufrechnung unverkürzt gezahlt werden.

Goslar. Der 99. Kreistag des Kreises Goslar genehmigte einstimmig den Beitrag über das Ausscheiden der Stadt Goslar aus dem Kreise gegen eine Entschädigung von 4 Millionen Mark und Uebernahme von 1 1/2 Millionen Mark der zur Kriegswohlfahrtsfürsorge und zur Kriegsunterstützungen ausgegebenen Beträge. Nachdem die maßgebenden Körperschaften sich über das Ausscheiden der Stadt geeinigt haben, dürfte der Durchführung des Planes von den übrigen Instanzen — Bezirksausschuß, Provinziallandtag und Ministerium — keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Bad Grund. Schweres Grubenunglück. Auf der Grube „Hülfe Gottes" ereignete sich kurz vor Besatzung der Frühschicht ein schwerer Unglücksfall. In einem Querschlag der 9. Strecke waren die Bergleute Friedrich Hartig aus Badenhausen und Otto Bähr von hier mit Sprengarbeiten beschäftigt. Ein Schuß war nicht losgegangen. Als man nach geraumer Zeit die Ursache des Versagens feststellen wollte, erfolgte in diesem Augenblick die Detonation. Der Bergmann Hartig wurde auf der Stelle getötet, während Otto Bähr mit leichteren Verletzungen davonkam.

Halberstadt. Schießerei im Strafkammersaal. Vor der ersten Strafkammer unseres Landgerichts hatten sich Donnerstag eine Reihe Angeklagter wegen eines in Derenburg verübten Zuckerdiebstahls zu verantworten. Unter den Angeklagten, die bisher auf freiem Fuß waren, befand sich auch der Gastwirt Paul Manitschy aus Reinstedt i. A. Er verhielt sich während der ganzen Verhandlung vollkommen ruhig. Nur er aber aus dem Urteil erfuhr, daß er 1 1/2 Jahre Gefängnis erhalten hatte und sofort in Haft genommen werden sollte, ja er in höchster Aufregung ein Stilettmesser aus der Tasche und schob damit in der Richtung der Staatsanwälte in den Zuschauerraum hinein. Der in der Schußrichtung stehende Wachtmeister Baum wäre um Haarsbreite getroffen worden. Unter den Zuschauern entstand eine Panik, sie drängten sich schnellstens zur Türe hinaus. Den zweiten Schuß suchte der Angeklagte auf sich selbst abzugeben, aber die Waffe versagte zu versagen. Im nächsten Augenblick hatten die anwesenden Justizwachmeister dem Rasenden die Waffe entwunden. Mit Hilfe eines Sicherheitspolizeibeamten lognte der sich dauernd widersetzende Manitschy unter größten Beschwerden in die Zelle gebracht werden. Glücklicherweise ist durch die Schießerei in dem vollbesetzten Saale niemand verletzt. Die Angelegenheit wird für den Gastwirt noch ein unangenehmes Nachspiel haben. (Der oben erwähnte Paul Manitschy diente während des Krieges auf der Pulverfabrik Rüdeland als Techniker tätig gewesen sein. D. R.)

Hannover. 425 000 Mark unterschlagen. Der bei der Eisenbahnstationskasse Hannover-Nord in der Fruchtmittelstraße tätige Eisenbahnsekretär Neddermeyer, ein älterer Mann, der der seinen Vorgesetzten und Kollegen den Ruf besonderer Ehrlichkeit genoß, hat sich umfangreiche Veruntreuungen amtlicher Gelder zuschulden kommen lassen. Er verstand es, seit dem Jahre 1919 durch fortgesetzte Handlungen die Summe von etwa 425 000 Mark zu unterschlagen. Neddermeyer scheint unter dem unheilvollen Einfluß eines seiner Kollegen gestanden zu haben, der auch einen großen Teil des Geldes erhalten hat und zur Einrichtung eines Warenlagers und zu sonstigen gewinnbringenden Zwecken verwandte. Es werden auch zwei weitere Beamte genannt, die ebenfalls von Neddermeyer große Beträge erhalten und sie zu geschäftlichen Unternehmungen verbraucht haben sollen. Die Veruntreuungen waren deshalb möglich, weil es sich im wesentlichen um Gelder handelte, deren endgültiger Zweck und Verrechnungsstelle noch nicht feststanden. Solche Beträge werden von den Eisenbahnkassen angenommen und vorläufig als durchlaufend gebucht. Sie entziehen sich daher sehr leicht der Kontrolle der Revisionsbeamten und lassen sich, wenn die Posten durch später eingezahlte Gelder ausgefüllt werden und seine zufällige Entdeckung eintritt, unter Umständen lange verschleiern.

Auf der Höhe

ist der

Spezial-Separator

mit selbstbalancierendem Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentlich einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber **300** Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedenen Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut. **H. Rensch.**

Gedenket der hungernden Vögel im Winter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220125-14/fragment/page=1

Vorspiel zu Genua.

Von unserem ⊙-Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Herr Lenin hat gebeten, von Genua Abstand zu nehmen und, wenn irgend möglich, die europäische Wirtschaftskonferenz nach London einzuberufen. Trotzdem hat die italienische Regierung nunmehr die Einladungen nach Genua verschickt, und auch dem deutschen Reichskanzler ist sie durch den Berliner italienischen Botschafter in aller Form zugestellt worden. Man darf sagen, daß sich dieses Schriftstück in Wortlaut und Sprache einigermaßen wohltuend von den „Einladungen" unterscheidet, mit denen unsere Regierung bisher zur Teilnahme an den Verhandlungen in Spa, in London, in Cannes beehrt worden ist, wie überhaupt der Grundsatz der Gleichberechtigung aller einzuladenden Mächte offenbar gewahrt werden soll. Auch daran hat der Oberste Rat sich nicht gestoßen, daß Bürger Lenin es als zweifelhaft hinstellte, ob er persönlich, wie es gewünscht wurde, nach Genua werde kommen können, ebenso wie Poincaré es zunächst offen ließ, ob er in höchsteigener Person oder ein minder hochgestellter Beamter seines Dienstes sich mit Lloyd-George und den Hauptvertretern der Bestandsmächte in der italienischen Hafenstadt an einem gemeinsamen Beratungstische niederlassen werde. Das einmal für Genua festgelegte Programm wird ausgeführt, sogar mit einer Fixigkeit, die in Anbetracht der gegebenen Umstände als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Am 8. März soll dieser neue Tanz beginnen — wenn bis dahin nicht abermals irgendwelche unvorhergesehene Ereignisse eintreten.

Bis dahin wird wohl die Reparationsfrage für Deutschland so oder so einen entscheidenden Schritt vorwärts getan haben. Innerhalb 14 Tagen soll die deutsche Regierung ihr Programm für die Sanierung des Budgets für die Einstellung der Notenfabrikation und für die Ablösung der Geld- und Sachleistungen des Jahres 1922 vorgelegt haben, so daß der Reparationskommission bis zu Beginn der Tagung von Genua immer noch ein reichlicher Monat übrig bleibt, ihrerseits zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Diese Seite der Angelegenheit wird aber bekanntlich in Frankreich für ungleich dringlicher gehalten als der Wiederaufbau Gesamteuropas, und so hat Herr Poincaré Zeit genug, seine aus der Vor- wie aus der Nachkriegszeit hinreichend bekannten Künste als gewissenloser Völkerverhetzer spielen zu lassen. Schon scheint sich der Ton der französischen Presse mehr und mehr auf die Klänge umzustimmen, die der neue Herr und Meister so über alles liebt. Und die englischen Kabinettsmitglieder, die im Auftrage des Premierministers Verhandlungen mit Poincaré über die von Briand im Stich gelassenen Probleme aufnehmen, stoßen auf eine gelassene Art, die Dinge zu behandeln, als hätte Frankreich gar kein sonderliches Interesse daran, zu einem bestimmten Abkommen zu gelangen. In London fühlt man den Temperaturwechsel selbstverständlich deutlich genug heraus. Ein so franzosenfreundliches Blatt wie die „Times" hält es um deswillen für seine Pflicht, auf den besonderen Ernst der durch Briands Rücktritt geschaffenen Lage hinzuweisen und die Franzosen dringend zu mahnen, endlich die Augen zu öffnen vor den Gefahren, denen sie entgegentaumeln. Solange dieser Geisteszustand dauere, sei es zweifelhaft, ob die europäische Krise, sei es die politische, sei es die wirtschaftliche, erfolgreich behandelt werden könne. Schon in Washington habe die amerikanische Regierung den ganzen Einfluß aufbieten müssen, um ihre Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so furchtbare Explosion gegen die Haltung der Franzosen stattgefunden, daß selbst den Blindesten die Augen geöffnet worden wären. So zu lesen in einem Blatte, das seit 1914 mit Frankreich durch dick und dünn gegangen ist; da kann man sich wohl denken, wie die Stimmung in denjenigen Kreisen Großbritanniens beschaffen ist, die sich von dem Allianceraufch der Kriegsjahre schon längst freigemacht haben. Aber hat Poincaré nun noch eine Wahl zwischen den Erwartungen, die seine Regierungsübernahme hervorrufen mußte, und den Warnungen, die von besten Freunden Frankreichs kommen? Er selbst hat nach dem Zeugnis verschiedener Politiker, mit denen er wegen Eintritts in sein Kabinett verhandelte, davon gesprochen, daß die Lage seit der Konferenz von Cannes mindestens so ernst geworden sei, wie sie im Sommer 1914 gewesen ist. Er hat gerade unter Berufung auf diese allen Nichtfranzosen vollkommen unverständliche Deutung der Zeichen der Zeit zur Erneuerung der neutralen Einheitsfront aufgefordert, die allein die Republik befähigen würde, sich in den Nöten der Gegenwart siegreich zu behaupten.

Unter diesen Umständen wird alles darauf ankommen, ob außerhalb Frankreichs sich eine feste Hand findet, das Steuer der Weltwirtschaft mit ruhiger Sicherheit zu führen. Wie die Dinge liegen, kann für diese Rolle kein anderer Staatsmann in Frage kommen als Lloyd George. Sein Auftreten in den letzten Tagen spricht dafür, daß er sich der Wichtigkeit der Aufgabe, die ihm durch den Rückfall seiner französischen Bundesgenossen in die schlimmsten Zeiten des Chauvinismus zugefallen ist, vollauf bewußt ist. Alles wird davon abhängen, ob seine diplomatische Kunst noch ausreicht, um Herrn Poincaré die gefahrvollen Wege, die er abermals einzuschlagen gedenkt, zielbewußt zu verlegen.

Reichsparteitag des Zentrums.

Berlin, im Januar.

Die Ideen und Ziele der Zentrumspartei wurden in einem Vortrage des Abg. Marx, des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, zusammenfassend dargelegt, worin dieser bekannte führende Politiker besonders die gegenwärtig brennende Frage der Koalitionsbildung berücksichtigte. Er betonte, daß es sich bei der Koalition des Zentrums mit Sozialdemokraten und Demokraten nicht um einen Bund oder eine Verschmelzung, sondern lediglich um eine Arbeitsgemeinschaft handle, die der Regierung des neuen Reiches nach innen und außen Kräftigung und Stärkung angedeihen lassen mußte. Niemals sei vom Zentrum ein Aufgeben seiner Weltanschauung oder seiner religiösen Überzeugung verlangt worden. Ein solches Verlangen wäre auf das allerentschiedenste zurückgewiesen worden. Die Partei halte auch künftig fest an der Forderung: Freiheit der Kirche, in erster Linie der katholischen Kirche. Weiter fordere sie Sicherstellung und Beibehaltung der konfessionellen Schule. Wer da glaubt, seine Kinder ohne die Vermittlung der Heilswahrheiten erziehen zu können, der möge sie der weltlichen Schule anvertrauen. Das Zentrum aber erhebe mit aller Kraft die Forderung, daß unser Schulwesen im Deutschen Reiche nach dem Willen der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden muß.

In einigen Kreisen verübele man dem Zentrum immer noch, daß es sich nach der Revolution mit aller Entschiedenheit auf den neuen Stand der Dinge eingerichtet und nach Annahme der Reichsverfassung gefordert hat, daß nunmehr alle sich auf dem Boden vollendeter Tatsachen stellen sollten. Damit kam der Redner auf die Frage

Monarchie oder Republik,

und erklärte dazu, beide Staatsformen seien mit christlicher Auffassung vom Wesen des Staates durchaus vereinbar. Zurzeit wäre es das unzweckmäßigste, sich in neue Verfassungskämpfe einzulassen. Niemals könne die Überzeugung, daß die monarchische Staatsform die bessere und für das deutsche Volk vorteilhaftere sei, auch nur einen Schein des Rechtes dafür abgeben, die jetzige republikanische Verfassung gewaltsam zu verändern und aufzuheben. Es sei geradezu eine Gewissenspflicht für jeden überzeugten Christen, der Obrigkeit untertan zu sein; ob sie ihm gerade paßt oder nicht, sei dabei vollständig gleichgültig. Der Redner wandte sich dann weiter gegen den Vorwurf, daß das Zentrum nicht an dem föderativen Charakter des Reiches festgehalten, sondern in unzulässiger Weise den Einheitsstaat gefördert habe. Unter Hinweis auf das Parteiprogramm vom März 1871 betonte er, daß es eine falsche Politik wäre, sich blind und hartnäckig den Anforderungen der veränderten Zeitverhältnisse entgegenzustemmen. Zum Schluß erklärte Marx namens der Fraktion nochmals, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums hinter dem Reichskanzler steht. An der Tatsache, daß die Politik des Reichskanzlers und der Fraktion vollen Erfolg gezeitigt habe, sei heute nicht mehr zu rütteln.

Politische Rundschau.

Deutschland.

250 Prozent Steigerung der Friedensmiete.

Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Siedlungs- und Wohnungswesen beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921. Der Entwurf soll dem Gesetz eine Form geben, die es ermöglicht, das Einkommen aus der Abgabe nicht nur zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen, wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Gewährung von Baukostenzuschüssen zu verwenden, und dazu die Abgabe von 10 Prozent auf das Fünffache zu erhöhen. In der Beratung trat eine große Mehrheit des Ausschusses für Erhöhung auf 100 Prozent ein. Ein Vertreter der Reichsregierung führte aus, daß eine Steigerung der Mieten auch aus dem Reichsmietengesetz, und zwar in Höhe von etwa 100 Prozent der Friedensmiete, und eine weitere Steigerung durch die staatlichen und kommunalen Grundsteuern in Höhe von etwa 50 Prozent der Friedensmiete zu erwarten sei. Die Erhöhung der ersten Abgabe auf 100 Prozent würde insgesamt eine Verteuerung um 250 Prozent der Friedensmiete ausmachen.

Ein Anschlag auf das Rheinland.

Nachträglich wird aus der Konferenz von Cannes eine üble französische Machenschaft gegen das deutsche Rheinland berichtet: Briand hat dort bei einer privaten Zusammenkunft mit Lloyd George von dem französisch-belgischen Militärvertrage gesprochen, nach dem sich u. a. beide Staaten verpflichtet haben, gemeinsam dahin zu wirken, daß das Rheinland sich autonom erkläre. Frankreich und Belgien seien bereit, diese Autonomie zu garantieren und auch gegen Angriffe von außen her sicherzustellen. Briand konnte mitteilen, daß diese Bestrebungen im Rheinland erfreuliche Fortschritte gemacht hätten. Lloyd George hat jedoch Briand gebeten, auf diese Pläne nicht mehr zurückzukommen.

Reichsverband der Kinderreichen.

Die verschiedenen Vereinigungen der Kinderreichen haben sich zum Schutze der Familie zu einem Reichsverbande vereinigt. Der Sitz ist in Frankfurt a. M. In der in Berlin tagenden Sitzung wurde beschlossen, den Reichstag auf das dringendste zu ersuchen, angesichts der erschütternden Not Tausender kinderreicher Familien und angesichts der Tatsache, daß durch die neuen indirekten Steuern und die erhöhte Umsatzsteuer die Kinderreichen, statt daß ihre Not erleichtert würde, in weit höherem Maße belastet werden als die wirtschaftlich weit besser stehenden Junggesellen und Kinderlosen, aus den Erträgen der Umsatzsteuer 10 Prozent zugunsten der Kinderreichen zurückzustellen. Aus diesen jährlichen Rückstellungen soll ein Schatz gebildet werden, um die größeren Lasten der Kinderreichen auszugleichen.

Deutsch-Österreich.

Konflikt in der Regierung. Infolge der ablehnenden Haltung der Großdeutschen Volkspartei gegenüber der Politik der Regierung hat der zur Großdeutschen Volkspartei gehörende Minister des Innern Waber den Bundespräsidenten um Enthebung von seinem Posten ersucht. Der Bundespräsident hat die Demission angenommen. Die Regierung erklärt, daß das Abkommen von Prag, soweit es sich darin um die Erwähnung des Staatsvertrages von Saint Germain handelt, die einfache Konstatierung einer Tatsache ist, deren Abänderung weder im Machtbereich der Regierung noch in dem Machtbereich einer Partei gelegen ist. Dr. Schober hofft, daß es ihm gelingen werde, eine Majorität im Nationalrat trotz der Kampfansage der Großdeutschen Volkspartei zu erhalten. Die Haltung der Großdeutschen Volkspartei ist keine einheitliche.

*

Berlin. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Franz von Mendelssohn, ist in den Reichswirtschaftsrat als Arbeitgebervertreter der Industrie an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Dr. Frentzel berufen worden.

Dresden. Das sächsische Kultusministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach den Schülern und Schülerinnen das Tragen von Abzeichen, die eine besondere politische Gesinnung bekunden, im Schulgebäude, auf dem Schulwege und bei allen Veranstaltungen der Schule untersagt wird.

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Die deutsche Regierung hat eine offizielle Einladung erhalten, an der am 8. März in Genua beginnenden Wirtschafts-Konferenz teilzunehmen. Deutschland wird in Genua durch fünf Delegierte vertreten sein.

* Der Parteitag des Zentrums wurde nach einer Rede des Reichskanzlers mit einer starken Kundgebung für die Politik Dr. Wirths geschlossen.

* In Dublin fand die Übergabe der Regierungsgewalt an die einstweilige Regierung des irischen Freistaates statt.

* Zur Konferenz in Genua sind nach Mitteilungen der italienischen Regierung vierzig Nationen mit über 1000 Delegierten eingeladen.

* Im italienischen Ministerrat teilte der Ministerpräsident Bonomi mit, daß das europäische Finanzkonsortium binnen 20 Tagen in London gegründet werde.

* Der chinesische General Wu Pei-fu richtete an die Regierung in Peking ein Ultimatum, wonach diese innerhalb einer Woche zurücktreten solle.

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Häßler.

35] (Nachdruck verboten.)

Von den Säulen des Bahnhof-Eingangs gedeckt, beobachtete er genau, wie er die hohe Treppe hinaufstieg und am Ende des langen Ganges im Waschzimmer verschwand. Dann wartete er wieder verhältnismäßig lange Zeit, den lauernden Blick nicht von der Tür gewandt, hinter der der „Herr Graf" verschwunden war.

Endlich erschien er wieder, aber ohne Tasche, ein Tuch vor die Nase gedrückt, und kam schnellen Schrittes den Gang herunter, ohne Felix zu bemerken, der bei seinem Erscheinen auf den Bahnsteig hinausgetreten war und ihm nun wiederum folgte.

Vor dem Bahnhof bestieg er ein Automobil. „Hotel Bristol!" rief er dem Chauffeur zu.

Kaum war der Wagen bis zur Ecke des Platzes gekommen, so folgte der zweite ihm in gleichem Tempo nach, und als der erste an der Eingangshalle des Hotels vorfuhr, hielt der andere auf der gegenüberliegenden Lindenseite.

Bruno entließ seinen Wagen nicht, hatte also die Absicht, ihn weiter zu benutzen. Infolgedessen stieg Felix gar nicht aus, sondern beobachtete durch das geöffnete Fenster aufmerksam den Eingang des Hotels.

Nach etwa einer Viertelstunde erschien ein Page mit elegantem Gepäck, das er im Wagen unterbrachte, und dienstfertig den Schlag in der Hand hielt, während Baumeister Berger mit dem Portier im Gespräch einen Augenblick im vollen Lichtkreis des Vestibüls sichtbar wurde. Dann wendete der Wagen, nachdem Bruno eingestiegen war und fuhr denselben Weg zurück, den er gekommen war.

Der andere fuhr eine Zeitlang hinterher, bei der Durchfahrt durchs Brandenburger Tor überholte er ihn und kam einige Augenblicke früher am Anhalter Bahnhof an. Als Felix aus dem Wagen sprang, war sein hübsches Gesicht blaß wie der Tod, die Lippen fest aufeinandergepreßt und die Augen funkelten drohend hinter den dunklen Wimpern.

Menschen mit Gepäck beladen, Dienstmänner, ein Trupp Arbeiter mit Schaufeln und Hacken, drängten sich in der großen Halle, als Berger dieselbe durchschritt, und hinter den dichten Gruppen sicher versteckt, sah Felix ihn die Treppe wieder hinaufsteigen im hellen Scheine der elektrischen Bogenlampen.

Als er verschwunden war, blieb der Bursche noch eine Zeitlang stehen, die Augen immer noch nach der Treppe gerichtet, als hätte er dort ein Gespenst erscheinen und verschwinden sehen. Dann trat er langsam auf die Straße hinaus.

War es eine furchtbare innere Erregung, war es das farblose Dämmerlicht des grauenden Morgens, was seine Züge aschfahl erscheinen ließ und so scharf die brutalen Züge um Mund und Nase markierte, daß der junge Mensch plötzlich ein anderer geworden schien? Noch einmal wandte er den Kopf nach der Halle zurück. Von den Perrons herab tönte ein lauter, langgezogener Pfiff und dann das dumpfe Rollen eines abfahrenden Zuges. Deutlich hörte man es in der Ruhe des morgenstillen Platzes.

Einen Augenblick ballten sich beide Fäuste des jungen Menschen und straff richtete der schlanke Körper sich empor, während er mit einem seltsamen Lächeln halblaut vor sich hinmurmelte: „Glückliche Reise, Herr Baumeister Bruno Berger!"

* * *

Ehren-Riemann war sofort nach Brunos Abreise ans Werk gegangen, und hatte mit den nötigen Vorarbeiten begonnen. Jetzt saß er in seinem Privatkontor, kaute am Federhalter, sah über die goldene Brille hinweg dem Spiele der Sonnenstäubchen zu und überlegte. Mit der ihm eigenen Vorsicht hatte er zunächst in Erfahrung gebracht, daß in dem Hause Wallnertheaterstraße Herberts Besuch nur der kleinen Käthe Scholz gegolten haben konnte. Dann hatte er sich in ihrer Abwesenheit mit der Wirtin der Künstlerin angefreundet, in der er zu seiner großen Freude eine ungemein gesprächige Dame entdeckt hatte. Sie war eine etwas verschrobene alte Jungfer, malte auf Holz, Porzellan und alles, was verwendbar für Geschäfte und Private und auf Grund des an der Haustür angehängten Schildes hatte sich Riemann bei ihr eingeführt und eine Tasse mit dem Bilde seiner leider ach so früh verstorbenen Gattin bestellt. Gemeinsame Berührungspunkte waren so schnell gefunden — die Kunst ist ja bekanntlich stets eine liebenswürdige Kupplerin —, und so hatten sie sich gleich beim ersten Besuch festgeplaudert, und als er die Treppe hinunterstieg, wußte er alles, was die gute Frau selbst nur wissen konnte. Er hatte Altingens Bild gesehen auf dem Schreibtische der jungen Künstlerin, denn die brave Frau Pohlmann hatte sich's nicht versagen können, in gerechtem Hausfrauenstolz dem Herrn die schönen Malereien auf Porzellantellern zu zeigen, welche die Wände der vermieteten Zimmer schmückten. Dabei war man auf die Bewohnerin zu sprechen gekommen, und so gab eben ein Wort das andere.

Dann hatte sich Riemann nach dem Hotel Bristol gewendet und dort so lange Posto gefaßt, bis das Original des Bildes vom Schreibtisch in der Wallnertheaterstraße an ihm langsam vorübergegangen war, hatte dann sofort einen der Hotelpagen nach dem Namen des Herrn gefragt und nunmehr die unumstößliche Sicherheit erhalten, daß er den Freiherrn von Altingen, den Todfeind seines Auftraggebers, herausgefunden hatte.

Den nächsten Vormittag verwendete Riemann dazu, sich nach den genauesten Privatverhältnissen der kleinen Käthe Scholz zu erkundigen, wobei ihm zu statten kam, daß er von Frau Pohlmann gesprächsweise erfahren hatte, daß am 22. Januar ihr 18. Geburtstag geweien war, und daß es so unendlich rührend gewesen sei, wie sie an diesem Tage von der alten Mutter aus Schkeuditz bei Leipzig eine so zärtliche Gratulationskarte erhalten hatte. Geburtsort und -tag waren also leicht auf dem Einwohnermeldeamt zu konstatieren und bieten den Schlüssel zu allen weiteren Familiengeheimnissen, die nun noch herauszubekommen waren, um zweckdienlich verwendet zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220125-14/fragment/page=2

Die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit

Die Rede Dr. Rathenaus in Cannes.

Die große dreistündige Rede, die Dr. Rathenau am 12. Januar vor dem Obersten Rat in Cannes gehalten hat, wird erst jetzt in einem amtlichen Bericht bekanntgegeben. Dr. Rathenau hat darin in tiefgreifender, überzeugender Form dargelegt, wie sich unter den Nachwirkungen des Krieges die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gewandelt haben, und wo infolgedessen heute die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die Reparationszahlungen und den Wiederaufbau Europas zu ziehen sind. Als einen der ersten entscheidenden Faktoren führte Dr. Rathenau

unsere passive Handelsbilanz

an. Er sagte: Deutschland hat für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist vorbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2½ Milliarden Lebensmitteln und 2½ Milliarden Rohstoffen. Die Passivseite der Zahlungsbilanz beträgt mit anderem etwa 5¾ Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3½ bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo 2 Milliarden schon vor Zahlung irgendwelcher Reparation. Um das Defizit zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten: Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf von Landessubstanz konnten wir leider nicht hindern. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. Sie war unmöglich, da nach Meinung der City die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren. Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Umlaufsmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde. Zu dem augenblicklich ins Gleichgewicht gebrachten Budget für 1922 kommen jedoch

135½ Milliarden Papiermark für die Entente

hinzu in Barleistung, Sachleistung und inneren Kosten aus dem Friedensvertrag. Das Budget würde dadurch etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren und sich damit auf 218,5 Milliarden Papiermark belaufen. Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel: eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Riesenanleihe. Beides ist unmöglich, wohl aber wird der Gedanke einer inneren Anleihe erwogen. Deutschland hat keine Ersparnisse, sondern schwere Verluste, besonders an Land und Bevölkerung durch den Krieg. Auf Grund dieser Verluste besteht an Stelle eines Überschusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, jetzt ein Defizit von 1 bis 2 Milliarden Goldmark jährlich.

So zehrt das Land sich allmählich auf.

Es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder die Mittel für Erneuerungen noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungszuwachses. Hinzu kommt, daß jetzt viele Arbeiten zu leisten sind, die vor dem Kriege nicht erforderlich waren, und die sich erst aus dem Friedensvertrag ergaben. Wenn man von einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen ausgeht und pro Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahre rechnet, so beträgt der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Hiervon sind mehr als 9 für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufzuwenden brauchten, d. h. fast ein Fünftel der gesamten Arbeitsstunden. Daraus ergibt sich bei uns eine versteckte Arbeitslosigkeit von nahezu 4 Millionen Menschen, d. h. 4 Millionen Menschen müssen Arbeit leisten, die früher nicht notwendig war. Ferner ist zu beachten, daß wir außer den angenommenen 500 Millionen Goldmark in bar noch 340 bis 400 Millionen für das Clearing-Verfahren und weitere Millionen für die zu den Sachleistungen benötigten Rohstoffe aufwenden müssen. Wir würden für 1922 auf

eine Goldleistung von mehr als 1 Milliarde Goldmark

kommen, wenn es sich scheinbar nur um eine Goldzahlung von 500 Millionen handelt. Wenn es notwendig erscheint, eine so gewaltige Summe von Deutschland zu verlangen, so sollte man die Frage der Ermäßigung des Clearing und der inneren Besatzungskosten eingehend prüfen. In jedem Falle aber ist Deutschland durchaus bereit, auf den Weg der Stabilisierung des Budgets zu treten, der ihm vorgeschlagen ist. Deutschland ist aber vor allem bereit, am Wiederaufbau Europas teilzunehmen, und es ist dafür um so mehr geeignet, als es mit den technischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gepflogenheiten des Ostens vertraut ist. Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig: Ein internationales Syndikat, und zwar ein Privatsyndikat. Deutschland glaubt, daß man die Frage des Wiederaufbaus beginnen sollte mit der Wiederherstellung des Verkehrs und der Verkehrsmittel. Man muß sodann an die Quellen der Produktion vordringen und vor allem die bestehenden Unternehmungen wieder neu beleben.

Der Heidelberger Bürgermeistermord.

Heidelberg, im Januar.

Die weitere Zeugenvernehmung in dem Mordprozeß gegen den Bahnschmied Leonhard Siefert betraf die Anklage wegen Meineides. Es handelt sich um eine eidliche Zeugenaussage Sieferts in einer Fahrraddiebstahlssache, in der er bestritt, zu wissen, wer das Rad gestehlen habe, obwohl er es wissen mußte. Ein gewisser Johann Breitenstein, der in die Diebstahlssache verwickelt war, belastet den Angeklagten und antwortet auf die Frage des Staatsanwalts, ob er Siefert den Mordanschlag gegen den Ingenieur Link, der in der Nähe von Ziegelhausen angeschossen wurde, zugetraut habe, bejahend.

Bevor dann die Zeugen, die über Sieferts Vorleben aussagen können, vernommen wurden, äußerte sich der Angeklagte selbst über seine finanzielle Lage vor seiner Verhaftung. Er verdiente in der Eisenbahnwerkstätte monatlich etwa 1000 Mark, verbrauchte aber weit mehr, da er nach seinen eigenen Angaben ein starker Esser war, nach den Angaben anderer Personen aber mehrere Liebschaften hatte. Um zu Geld zu kommen, trug er sich mit den abenteuerlichsten Plänen. Obwohl er keine Pfandunterlagen hatte, wollte er sich von einem Bankgeschäft 2000 bis 3000 Mark leihen. Ein andermal wollte er eine Millionärstochter heiraten, stand aber von dem Plane ab. als er dem Heiratsvermittler — 100 Mark Vorschuß zahlen sollte. Von der Frau Kratzmüller in Ziegelhausen, bei der er wohnte, wurde Siefert wie das eigene Kind gehalten. Er zahlte trotz der teueren Zeiten kaum 250 Mark Pension im Monat und geriet trotzdem bei ihr in Schulden, die auf 1800 Mark anwuchsen. Die Frau hat aber niemals auf Bezahlung gedrängt. Arbeitskollegen und Freunde stellten dem Angeklagten ein gutes Leumundszeugnis aus. Sie halfen Siefert, der häufig in Geldverlegenheit war, wiederholt aus, und er hat die Schuldsummen immer pünktlich zurückgezahlt. Zwei Tage nach der Ermordung der beiden Bürgermeister zahlte er größere Schuldbeträge zurück, und er soll sich damals seinem Arbeitskollegen Emil Hock gegenüber geäußert haben, daß er 9000 Mark geerbt habe und nun aller Geldsorgen ledig sei.

Es wurden dann verschiedene Mädchen, die mit Siefert in Beziehung standen, vernommen. Mit einem dieser Mädchen wollte er sich Weihnachten 1921 verloben. Die Zeugin erklärte, daß Siefert, wenn er Geld hatte, immer Kavalier gewesen sei. Einige weitere Zeugen machten Aussagen über die Jugendzeit des Angeklagten. Nachteiliges wußten sie nicht zu bekunden. Der Pfarrer, der Lehrer, der Bürgermeister des Ortes Olfen, in dem Siefert geboren wurde, erklären übereinstimmend, daß der Angeklagte nie ein Rohling gewesen sei.

Für heut und morgen.

Die ermäßigte Einkommensteuer. Um den vielfach bestehenden Unklarheiten zu begegnen, veröffentlichen wir noch einmal die gesetzlich zulässigen Abzüge, die von den zehnprozentigen Steuerabzügen gemacht werden dürfen. Nach dem Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 sind Änderungen in der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1922 eingetreten. Nach der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes ermäßigt sich der Steuerbetrag von 10 Prozent des Arbeitslohnes: 1. Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seinem Haushalt zählende Ehefrau a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate um je 20 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalenderwochen um je 4,80 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 0,80 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 0,20 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. 2. Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate um 30 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalenderwochen um 7,20 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 1,20 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 0,30 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet.

Eigentumsansprüche früherer Gefangener in Rußland. Eine neu errichtete deutsch-russische Kommission hat es übernommen, die Rechtsansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hinsichtlich des Eigentums sicherzustellen und die Regelung dieser Ansprüche herbeizuführen. Antragsformulare sind vom Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Klosterstraße 75 und seinen Ortsgruppen sowie vom Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 28, und seinen Zweigstellen zu beziehen.

Gerichtshalle.

Ein Graf Schlieffen unter Mordverdacht. Vor dem Schwurgericht in Görlitz begann der Prozeß gegen den Grafen Hans Heinrich v. Schlieffen wegen versuchten Mordes an dem Grafen Georg Wilhelm v. Schlieffen, Majoratsherrn auf Schlieffenberg bei Güstrow, und dessen Eltern. Die Anklage stützt sich auf die Angaben eines Berliner Studenten namens Stenschke, der mit dem Gemüsehändler Ressel aus Görlitz vom Grafen Hans Heinrich für die Mordtat gewonnen worden war. Ressel ist geständig und behauptet, von der Gräfin Eleanor v. Schlieffen und ihrem Sohne Hans Heinrich für die Ausführung der Tat 20 000 Mark erhalten zu haben. Die Sache kam durch ein Geständnis des Studenten, der den bedrohten Majoratsherrn warnte, zur Kenntnis der Behörden. Die Verhaftung Ressels und seines Schwagers Grosser aus Neukölln förderte vier Sprengpatronen mit je 200 Gramm Dynamit zutage, die angeblich dazu dienen sollten, das Schloß Schlieffenberg in die Luft zu sprengen und den Grafen mit seinen Eltern zu beseitigen. Der Angeklagte bestreitet jede Absicht des Mordes.

Von Nah und fern.

Vor Todesangst gestorben. Der Kaufmann Koppe, der vor einigen Tagen von einem Berliner Schwurgericht wegen Totschlags und Raubes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, ist im Gefängnis aus Todesangst am Herzschlag gestorben. Er hatte den Wahrspruch der Geschworenen mißverstanden und geglaubt, daß er zum Tode verurteilt sei. Das hatte zur Folge, daß er in eine furchtbare Todesangst verfiel und einen Ohnmachtsanfall erlitt. Ein zweiter Ohnmachtsanfall endete dann mit einem Herzschlage.

Köhns 32 000 Mitschuldige. Karl Köhn, der Begründer des verkrachten Berliner Wettkonzerns, hat durch seinen Verteidiger gegen die an dem Konzern beteiligt gewesenen Einzahler Anzeige wegen Glückspiels oder wegen Beihilfe zum Vergehen gegen das Glücksspiel- und Totalisatorgesetz gestellt. Da allein für den Bezirk Berlin 32 000 Einzahler in Frage kommen, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, welchen Umfang der Prozeß annehmen würde, wenn die Anzeige Erfolg haben sollte.

Ein bedenklicher „Studentenwitz". Die dieser Tage verbreitete Nachricht, daß mehrere Franzosen sich im „Grünen Baum zur Nachtigall" in Cospeda bei Jena das Sofa, auf dem Napoleon I. vor der Schlacht bei Jena gesessen haben soll, widerrechtlich angeeignet hätten, stellt sich als ein „Witz" Jenaer Studenten heraus. Der sogenannte „Witz" kann unter Umständen wegen der törichten Verdächtigung der Franzosen noch üble Folgen haben.

Katastrophe eines deutschen Dampfers. Ein Fischdampfer landete am 16. Januar in Lowestoft (England) die Überlebenden von der Besatzung des deutschen Dampfers „Vesta", der auf der Fahrt von Hamburg nach Lissabon begriffen war. Der Dampfer war in Brand geraten, worauf eine Explosion erfolgte. Elf Mann der Besatzung wurden durch die Explosion getötet oder ertranken.

*

Berlin. Ein reicher Lette soll das bekannte Palais Blücher am Pariser Platz gekauft haben. Das Haus war ein Geschenk Friedrich Wilhelms III. an den „Marschall Vorwärts", in dem dieser auch den historischen Kutschwagen Napoleons I. aufbewahrte, der auf dem Schlachtfelde von Belle-Alliance erbeutet worden ist. Dieses Beutestück hat der Enkel des „Marschall Vorwärts" vor einigen Jahren nach England, wo er ständig lebte, überführen lassen. Nun hat der Fürst auch das historische Gebäude an einen Ausländer verkauft.

Chicago. Nach Meldungen der Chicagoer Blätter ergibt die nunmehr abgeschlossene Verkehrsstatistik, daß im Jahre 1921 15 000 Personen in den Vereinigten Staaten durch Automobile ums Leben gekommen sind. Die durch Automobile herbeigeführten Todesfälle haben damit gegenüber dem Jahre 1920 eine Steigerung um 4000 erfahren.

Der Mann mit der Maske.

Roman von Walter Schmidt-Häßler.

36] (Nachdruck verboten.)

Bequem in den lederbezogenen Beckensessel zurückgelehnt, die Beine übereinander geschlagen, ließ Riemann nun im Geiste alle seine dunklen und dunkelsten Bekanntschaften an sich vorbeidefilieren, um für das große und nicht ganz ungefährliche Schachspiel die richtigen Figuren auszusuchen. Eine Art Ehrgeiz hatte ihn gepackt, den empfangenen Auftrag mit der Genialität eines Diplomaten auszuführen, daß der „Herr Graf" in ihm dieses Mal den Meister rückhaltlos anerkennen mußte. Das einzige Gefühl, das dieses Mannes Seele erfüllte bis in die geheimsten Winkel, war ein geradezu krankhafter Durst nach Geld, eine übereifrige Sucht, um jeden Preis ein Vermögen aufzuhäufen, und diesmal wollte und mußte er sein Meisterstück machen, denn eine solche Gelegenheit kam nicht zum zweitenmal. Was lag ihm daran, ein Menschenleben auf sein Gewissen zu laden; er hatte schon so viel auf seinem ewigen Konto, daß es auf eine blutbespritzte Seite mehr oder weniger in seinem Schuldbuch nicht ankam. Aber diese Tat zu vollbringen, und damit eine Handhabe zu besitzen, um dem „Herrn Grafen" nach und nach den größten Teil dessen wieder abzunehmen, was er ihm hatte in acht Jahren gemeinsamer Arbeit gewinnen lassen, das erschien ihm eine so über alle Beschreibung würdige und lohnende Aufgabe, daß er mit wahrem Feuereifer an die Ausführung ging.

Zur selben Zeit, wo Riemann in seinem Bureau grübelnd saß und die Fäden all der vielen Kombinationen und Pläne sorgsam zusammenknotete, fand Herbert auf dem Postamt einen lagernden Brief von Hildegard. Nur wenige Worte waren es, kurze, rein freundlich gehaltene Zeilen, aber sie genügten, um ein Gefühl höchster Freude in ihm wachzurufen. Sie schrieb:

„Mein lieber Freund!

Erschrick nicht, beurteile mich recht, wenn meine Briefe nichts anderes enthalten, als was sich auf unsere Angelegenheit bezieht. Es ist besser so — für uns beide. Ich habe unter meinen Papieren beifolgenden Postschein gefunden, die Bestätigung einer an meine Schneiderin gesandten Geldsumme und dieser Postschein ist mit dem Namen des Beamten unterzeichnet, der damals auch das Ressort der postlagernden Briefe hatte. Vielleicht kann dieses unscheinbare Papier zu Deinen Plänen dienlich sein. Und dann eine Bitte — mir zu Liebe. Vermeide in Berlin das Hotel Bristol Unter den Linden, wo Du, wie Du schreibst, Deinen Vetter zu treffen dachtest. Mein Gatte wohnt dort und ich möchte um keinen Preis, daß er Dich sieht. Um meiner Ruhe willen bitte ich Dich darum. In alter Freundschaft."

Er hätte aufjubeln mögen vor Freude, denn zwischen den Zeilen las er alles, was sein eigenes Herz empfand, das Bedürfnis, nicht merken zu lassen, wie öd und hoffnungslos es im Innersten aussah, die stille Sorge um ihn, den brennenden Wunsch, endlich Licht in das Dunkel zu bringen. Er hatte kein Wort der Liebe und Zärtlichkeit erwartet, denn er kannte ja diesen stolzen, in sich geschlossenen Charakter, und wußte ganz genau, daß diese Frau, wie kaum eine andere fähig war, einsam mit sich selbst die schwersten Kämpfe durchzuringen. Aber daß dieses Herz ihm gehörte, mit all seinen feinen Empfindungen, daß es für ihn ganz allein schlug, das war ihm ebenso unumstößliche Gewißheit, als wenn sie es ihm in einem zehn Seiten langen Brief mit den glühendsten Worten versichert hätte. Ihre geheime Angst, daß Herbert und ihr Gatte sich begegnen könnten, verriet ihm ihr ganzes Gefühl und sagte ihm deutlich, daß sie für ihn und ihr gemeinsames Geheimnis zitterte. Und noch etwas anderes erschien ihm bei dieser Nachricht ernsthaft des Bedenkens wert. Wenn der Baumeister wirklich im Hotel Bristol wohnte, warum fürchtete Hildegard eine Begegnung zwischen ihm und dem Geliebten? Hatte denn Berger eine Ahnung davon, daß er mit Hildegard heimlich verlobt gewesen war? Hatte sie ihn zum Vertrauten ihrer unglücklichen Liebe gemacht? Hatte er sie getröstet, als sie von Herbert sich verlassen geglaubt hatte?

Der Gedanke durchschoß sein Hirn wie ein Blitz und ließ ihn „nicht mehr los. Er schrieb sofort ein paar kurze Zeilen an Kurt, in denen er ihm mitteilte, daß gewichtige Gründe ihn veranlaßten, ihn nicht mehr in seinem Hotel aufzusuchen und ihm den Vorschlag machte, daß sie sich am Abend in demselben kleinen Weinrestaurant treffen wollten, wo sie ihr Wiedersehen gefeiert hatten. Nachdem er den Brief in den Schalter geworfen, ging er nach seinem Hotel.

Dort hatte sich inzwischen, mit elegantem Gepäck versehen und in jeder Weise vortrefflich ausgestattet, Felix einquartiert. Er saß im Lesezimmer und machte in dem nagelneuen Sommeranzug den Eindruck eines Geschäftsreisenden, um so mehr, da sich unter seinem Gepäck auch ein richtiger kleiner Musterkoffer befand, der mit einer Auswahl winziger Rheinweinfläschchen gefüllt war. Er war mit größter Vorsicht zu Werke gegangen, nahm sich beispiellos zusammen, den Schein der Harmlosigkeit und der guten Formen aufrechtzuerhalten, denn es lag ihm alles daran, mit Herbert so schnell als möglich bekannt zu werden. Daß die Angabe des Baumeisters, Altingen logiere im Hotel Bristol, auf einer Täuschung beruhte, hatte er mit gewohnter Findigkeit herausbekommen!

Wer den auffallend hübschen und eleganten jungen Menschen im Lesezimmer sitzen sah, würde niemals geahnt haben, daß hinter dieser glatten jugendlichen Stirn der Gedanke des Mordes lauerte, wie der Tiger im Hinterhalt, daß sein „Geschäft" darin bestand, die Schritte seines Opfers in nächster Nähe zu belauern, seine Gewohnheiten auszuspionieren und bis zur Ausführung seines Auftrages an seine Fersen zu heften. Ins Fremdenbuch des Hotels hatte er sich mit seinem vollen Namen: Felix Manbach, Reisender aus Köln, eingetragen. Seine Papiere hatte er bei sich für den Fall einer Legitimation, wenn die Polizei sich über sein Hiersein etwa wundern sollte. Aber er fürchtete die Hüter des Gesetzes nicht im entferntesten, denn man hatte ihm noch niemals auch nur das mindeste beweisen können, obwohl man ihn schon verschiedene Male in das rote Haus am Alexanderplatz gerufen hatte. Stets hatte er nachweisen können, daß er zurzeit irgend eine Beschäftigung hatte, wovon er lebte. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220125-14/fragment/page=3

Todesanzeige.

Dienstag mittag, 1½ Uhr entschlief plötzlich unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter

Frau Auguste Kohlrusch

geb. Heyder.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Herm. Kohlrusch u. Familie
Ernst Kohlrusch u. Familie

Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr statt.

Vom Grabe unseres lieben Entschlafenen zurückgekehrt, sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten, seinen lieben Arbeitskollegen, sowie dem Krieger- und Turn-Verein, dem staatlichen Hüttenamt für das ehrenvolle Geleit und die zahlreichen Kranzspenden unseren

herzlichsten Dank.

Besonders danken wir Herrn Pastor prim. Abert für die trostreichen Worte am Grabe

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Familie Hemm u. Koch.

Elbingerode. Rothehütte.

Für die zahlreichen Beweise der Teilnahme anlässlich des Heimganges unseres lieben Entschlafenen, für die vielen schönen Kranzspenden und das zahlreiche Geleit sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Ganz besonders danken wir Herrn Direktor Klein, sowie den Beamten und Arbeitern der Vereinigten Harzer Portlandcement- und Kalkindustrie, dem Gesangverein „Eintracht", der Schützen-Gesellschaft, dem Landwehr-Verein und dem Fabrikarbeiter-Verband für die zahlreiche Anteilnahme, sowie Herrn Pastor prim. Abert für die trostreichen Worte.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Friederike Lierath
Wilhelm Lierath und Familie.

Elbingerode im Januar 1922.

Bekanntmachung.

Wir weisen die Arbeitgeber der Versicherten der unterzeichneten Krankenkassen nochmals daraufhin, daß die Frist zur Angabe der Löhne, soweit Tagelöhne über 30.— Mk. verdient werden oder noch nicht gemeldete Lohnerhöhungen unter 30.— Mk. eingetreten sind, in einigen Tagen abläuft.

Unter Hinweis auf das Gesetz über Versicherungspflicht vv. vom 28. Dezember 1921 und die Strafbestimmungen § 530 der Reichsversicherungsordnung ersuchen wir daher nochmals die Arbeitgeber welche die Lohnangaben, (Barlohn, Kost und Logis und sonstige Sachbezüge) noch nicht gemacht haben, die erforderlichen Angaben binnen **einer** Woche bei den unterzeichneten Kassen nachzuholen.

In derselben Frist sind auch die Anmeldungen von Angestellten die wegen Ueberschreiten der bisherigen Versicherungsgrenze von 15.000.— Mk. von der Krankenkasse abgemeldet, bezw. nicht angemeldet worden sind, bei den unterzeichneten Kassen zu bewirken.

Die Versicherten Kassenmitglieder werden gewarnt die Bestimmungen der Krankenordnung zu übertreten. Verstöße werden hinfort streng bestraft

Die Kassen sind für den Verkehr von vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr geöffnet.

Allgemeine Orts- und Landkrankenkasse
für den Kreis Ilfeld in Wiegersdorf.

Nickel. Kaufmann.

Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Elbingerode.

Am Mittwoch, den 25. 1. 1922, abends 8 Uhr findet im Gasthause zum „Harzfreund" eine

außerordentliche

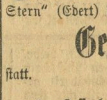
Generalversammlung

statt.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist wegen Wichtigkeit der Tagesordnung dringend erforderlich

Der Vorstand.

Schweineversicherungs-Verein



Elbingerode.

Am Sonntag, den 29 Januar nachm. 4 Uhr findet im Gasthaus „Zum gold. Stern" (Ebert) die ordentliche

General-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Entlastung des Kassierers.
2. Antrag auf Erhöhung der Beiträge u. Entschädigungen
3. Festsetzung der Entschädigung für den Kassierer
4. Vorstandswahl
5. Verschiedenes

Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber, ist es erwünscht daß die Mitglieder recht zahlreich erscheinen.

Der Vorstand.

Nachruf!

Am Sonnabend den 21. ds. Mts. starb plötzlich und unerwartet unser liebes Vereinsmitglied

Otto Hemm

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen ein Mitglied, das jederzeit warm für die Interessen des Vereins eintrat und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Turn Verein „Frisch auf"
Rothehütte.

Nachruf!

Am Freitag entschlief nach schwerem Leiden unser langjähriger Aufseher

Herr

August Lierath

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Vereinigte Harzer Portland-cement- & Kalkindustrie.

Im Preise

! bedeutend !

herabgesetzt!

Burschen-Anzüge, gefüttert, 150 u. 175 Mk.
Herren-Anzüge, gefüttert, 250 u. 350 Mk.
Damen-Mäntel, 150—250 Mk.
Damen-Kostüme, 125 Mk
Kinder-Mäntel, 75—100 Mk.
Abend-Hosen, Halbwolle, 75—100 Mk.

Es sind nur noch einige Stücke hiervon vorhanden

Adolf Zander.

Reichsbund

Der Kriegsbeschädigten-Teilnehmer und -Hinterbliebenen Ortsgruppe Elbingerode

Morgen Donnerstag abends 8 Uhr außerordentliche

Versammlung.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Prima

Kieler-Bücklinge

zu haben bei **W. Kuthe.**

Gesucht

bei Familienanschluß besseres

Mädchen

nach Halberstadt.

Lehrer Hartmann,
Rothehütte.

Zwei Paar getragene

Damen-Schuhe

Größe 36 u. 38 sind zu verkaufen.

Wolfshagen 312.

Meine bekannt guten

Strickgarne

Marke „Hauswolle"

sind wieder in großen Mengen eingetroffen, zu billigsten Preisen

Walter Hüther

Reinwollene

Strümpfe

für Herren, Damen und Kinder zu alten Preisen

Walter Hüther.

Das teure Briefporto

weist den Geschäftsmann gebieterisch auf den Weg der Sparsamkeit. An die Stelle des Briefes wird jetzt mehr und mehr die Postkarte treten müssen. Wir drucken unter größtmöglichster Ausnützung des Raumes »

Postkarten im neuen Format

(10,7 : 15,7 cm) und empfehlen solche, wie auch Postkarten-Rechnungen usw. preiswert. » » »

Buchdruckerei des „Harz-Boten".

Alle Reparaturen

an Uhren-, Gold- und Silberwaren werden ausgeführt bei

F. Bunge
Untere Schulstraße 141

Tannenzapfen

werden wieder angenommen.

Chr. Heyder

Gummimäntel

vorzügliche Qualität mit und ohne Gurt.

Albert Marwilski.

Blusenbarchende
Hemdenbarchende

und reinwollene

Flanelle

sehr preiswert.

Albert Marwilski.

Manchester

schwere Ware

sehr preiswert.

A. Marwilski.

Prima Altenburger

Schmidt'sche

Wolle

schwarz u. grau.

Albert Marwilski.

Frauen

gebrauchen bei Menstruations-

Störungen

mein altbewährtes Spezialmittel.

Sicherer Erfolg

garantiert unschädlich. Wenden Sie sich vertrauensvoll an

Frau E. Wollenweber,
Harburg-Elbe 380
Reimannstr. 31.

Ausschneiden! Im Vertrauen gesagt!

Frauen erwacht

und lasst Euch nicht irreführen durch teure, nutzlose Präparate, sondern — wenn Euch die —

monatl. Regel

stockt oder ganz ausbleibt, seid ohne Sorge, ich befreie Euch und rette Eure Gesundheit.

1000de Erfolge.

Keine Angst.

Nur ich allein

bringe Euch Hilfe und neuen Lebensmut, vielfach schon in einigen Stunden oder am nächsten Tage, schmerzlos, ohne Berufsstörung, unschädlich, reelle Garantie für jeden Fall, ohne weitere Unkosten. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie klagen. Diskreter Versand!

Fr. Mertens, Dortmund,
Schwanenwall 31, I. Etg.

Sorgenfrei

nehmen Frauen bei Beschwerden mein hygienisches Mittel Stärke I und extra starke Typen garantiert unschädlich ohne Berufsstörung.

W. Gurski, Berlin
Charlottenburg 2/42 u.
Greimaustr. 37.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220125-14/fragment/page=4

Der Harz-Bote

„Der Harz-Bote" erscheint wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend mittag, Druck und Verlag von B. Angerstein Nachf. (H. Paulus). Für die Redaktion verantwortlich H. Schlüter, Elbingerode. — Fernruf Nr. 19.

Elbingeröder Zeitung

Abonnementspreis vierteljährl. Mark 9.—, durch die Post bezogen Mark 7.— ausschl. Bestellgeld. — Inserate kosten für die Stadt und das vormalige Amt Elbingerode pro Zeile 40 Pfennig, nach auswärts Mark 1.—.

Amtliches Blatt des Landratsamts Ilfeld für das vormalige Amt Elbingerode und für die Stadt Elbingerode

Nr. 67 — Mittwoch, den 25 Januar 1922 — 56. Jahrgang.

Amtliches

Bekanntmachung.

für die Gemeindebehörden, betr. Zahlung von Beiträgen zur Landesschulkasse.

Aus Anlaß der Aufforderung der Kreiskasse in Herzberg vom 12. d. Mts. an die Schulverbände des Kreises über die Entrichtung von Beiträgen zur Landesschulkassen habe ich heute an die Regierung in Hildesheim berichtet. Ich habe um Ermäßigung der geforderten Beträge bezw. um Aufschub des Zahlungstermines und vor allem um eine Prüfung darüber gebeten, ob die von den Gemeinden bereits geleisteten Beiträge und die Staatszuschüsse voll in Anrechnung gebracht sind.

Die Kreiskasse ist hiervon benachrichtigt. Bis zur Entscheidung der Regierung — wovon ich Mitteilung geben werde — ersuche ich die Gemeinden und Schulvorstände vorerst keinerlei Zahlungen an die Kreiskasse in Herzberg zu leisten.

Ilfeld, den 23. Januar 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Frhr. Knauth.

Bekanntmachung.

Betrifft: Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege.

Nachdem der Herr Reichsminister des Innern und der Herr Reichsverkehrsminister den Vorschlägen der Eisenbahndirektion Berlin zugestimmt haben, soll das Verzeichnis der zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung berechtigten Vereine bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden. Vom 1. Januar 1922 ab erhalten nur noch die in das Verzeichnis aufgenommenen Vereine die Vergünstigung.

Die Grundsätze für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung sind durch den Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 18. Juli 1921 — III 3569 II — an die Landesregierung bekannt gegeben, die in Frage kommenden Vereine können sie hier (beim Magistrat) erfahren. Wir weisen darauf hin, daß nach dem Erlaß des Herrn Reichsministers des Innern vom 18. Juli nur solche Vereine berücksichtigt werden sollen, deren Bestrebungen auf körperliche Ertüchtigung und Gesundung der Jugend abzielen ohne Rücksicht auf die politischen Richtungen der Vereine. Die Vergünstigungen sollen auch die besonderen Jugendabteilungen solcher Vereine erhalten, die nach ihrer Bezeichnung keine Jugendpflegevereine sind (z. B. Jugendabteilungen der Turn-, Ruder-, Schwimm-, Radfahrvereine usw.), vorausgesetzt, daß der Zweck dieser Vereine die Pflege der Leibesübung ist. Die Ermäßigung wird nicht nur zu Wanderfahrten, sondern auch zur Besuchung an sportlichen Veranstaltungen, wie z. B. zur Austragung von Wettkämpfen gewährt.

Die in Frage kommenden Vereine wollen Gesuche unter Beifügung der Satzungen umgehend hier einreichen, die Vereinsvorstände können sich in dieser Angelegenheit bei uns informieren.

Elbingerode, den 24 Januar 1922

Der Magistrat: Selke.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungs-Präsident in Hildesheim hat durch Verfügung vom 3. d. Mts. I. III. 3198 Herrn Bürgermeister Selke zum Standesbeamten für die Stadt Elbingerode, sowie die Gutsbezirke Elbingerode Forst und Braunschweiksches Forstrevier ernannt.

Elbingerode, den 24. Januar 1922.

Der Magistrat.

Lokales

und aus dem Harzgebiet.

Elbingerode, den 25. Januar 1922.

— **Der Wert der deutschen Mark** betrug Montag in Amerika 2,03 Friedenspfennige. Das entspricht einer Bewertung des Dollars mit 202,01 Mark, während in Berlin am Montag amtlich 204,04 Geld notiert wurde.

— **Der Wert der deutschen Reichsmark** betrug in Amerika Sonnabend und Sonntag 2,12 Friedenspfennige. Das entspricht einer [illegible] von 199 80 Mk.

— **Krankenversicherungsgrenze 40000 Mark.** Vom Reichstage wurde ein von allen Fraktionen unterzeichneter Gesetzentwurf über Versicherungspflicht, Versicherungsberechtigte und Grundlöhne in der Krankenkasse zugegangen, der die Einkommengrenze sowohl für die Pflicht- wie für die freiwillige Versicherung auf 40000 Mark erhöht. Das Gesetz setzt weiter eine Steigerung der Höchstbeträge für den Grundlohn vor, wobei darauf hingewiesen wird, daß das bisher gewährte Krankengeld völlig unzureichend war und die Aussichten der Krankenbehandlung sehr ungünstig beeinflußt hat. Der gesetzliche Höchstbetrag soll von 24 auf 40, und der satzungsmäßig zulässige von 30 auf 80 Mark hinaufgesetzt werden. Eine weitere Steigerung wäre, wie die Begründung ausführt, an sich wünschenswert sie würde aber zu einer noch empfindlicheren Steigerung der Beiträge führen.

— **Bureaukratische Behandlung der Telegrammbeförderung.** Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hago (D. Vp.) hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Ich habe am 3. Januar ein Telegramm an den Syndikus der Hamburger Handelskammer Dr. Schwenke aufgegeben mit der Anschrift: Dr. Schwenke, Handelskammer, Hamburg. Die Adressat hat die Annahme des Telegramms verweigert, weil dasselbe wegen ungenügender Anschrift mit Gebühren belastet wurde. Erst nach mehreren Tagen erhielt ich durch Telegramm von dem Telegraphenamt Hamburg die Mitteilung, daß das richtige Telegramm nicht erledigt war. In Leipzig ist mir ein Telegramm von einem Bekannten vorgelegt worden, das die Anschrift trug, David, Hotel Hauffe Leipzig und mit 4 Mark Gebühren wegen ungenügender Adresse belegt war. Sowohl die Handelskammer in Hamburg wie das Hotel Hauffe in Leipzig sind jedem Postangestellten ihrer Lage bekannt. Man sollte von den Telegraphenämtern mindestens das gleiche annehmen. Angesichts der ungeheuerlichen Verteuerung der Telegrammspesen führt eine derartige bureaukratische Behandlung wichtiger Telegramme zu einer maßlosen Verärgerung des Publikums im Verkehr mit der Reichspost. Ist die Reichsregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß in solchen Fällen, wo die Adresse derartig eindeutig angegeben ist, wie in den aufgeführten die Belastung mit Gebühren wegen ungenügender Anschrift unterbleibt? Ich begnüge mich mit schriftlicher Antwort.

— **Poststreik?** Das die ersten Tage des neuen Portos einen gewaltigen Rückgang des Postumsatzes mit sich brachten, war wohl jedem klar. Die Kalkulation der Postbehörde geht jedoch darauf hinaus, daß sich das Publikum auch diesmal wieder an die neuen Gebühren gewöhnen werde, bis es dann schließlich an einer neuen Portoerhöhung reif wird. Angesichts dieser Sachlage sind Bestrebungen im Gange, die darauf hinzielen, das modernste und vielfach so wirkungsvolle Mittel des wirtschaftlichen Kampfes auch auf das postalische Gebiet zu übertragen. Streiken sollen diesmal nicht die Angestellten der Post, sondern die Benutzer der Post. Sie sollen alle Möglichkeiten ergreifen, um so wenig wie irgend möglich zuzuführen. Eine solche Bewegung ist natürlich nur dann durchzuführen, wenn sich tatsächlich alle Kreise des Volkes darauf einstellen. Zunächst wird sich jeder Einzelne darüber klar sein müssen, daß selbst eine einfache Drucksache heutzutage 50 Pfennige Porto kostet, also und soviel, wie bisher ein Brief, und er wird sich veranlaßt sehen müssen, auch der geringsten Drucksache die gleiche Aufmerksamkeit zuzuwenden, die er früher einem Briefe bezeugte. Tut er dies nicht, so hilft er den Rechen der Post noch weiter öffnen. Vieles, ja sogar das meiste dessen was bisher direkt mitgeteilt wurde, läßt sich auf dem Wege über die Presse bewerkstelligen. Das Inserat in der Presse ist im Verhältnis zu den Forderungen der Post immer noch billig, so sehr es in seinem Preise unter dem Drucke der Verhältnisse auch steigen mußte. Die Geschäftswelt wird sich im weitesten Umfange der Presse bedienen müssen, soweit es gilt, allgemeine Mitteilungen, Ankündigungen usw. zu verbreiten. Das Vertreterwesen wird allenthalben ausgebaut werden müssen, damit möglichst jedes geschäftliche Unternehmen an allen größeren Orten einen Vertreuensmann hat, den es billiger, aber auch wirkungsvoller als die Post für sich arbeiten lassen kann. Der kaufmännische Briefwechsel wird auf ein Mindestmaß beschränkt werden müssen. Auch hier ist bei einer verständigen Zusammenarbeiten beider Teile — des Absenders und des Empfängers — viel zu erreichen.

— **Richtlesen von Zeitungen — eine grobe Fahrlässigkeit.** Dieses Urteil hat jetzt das Landgericht 2 in München nach einer Mitteilung der „Deutschen Gemeindezeitung" über zwei Holzarbeiter gefällt, die wegen Nichtlesens von Zeitungen die Verordnung über unbefugten Waffenbesitz nach der Ablieferungsfrist übertreten hatten. Das Gericht hat die Einwendung nicht gelten lassen, daß die Arbeiter in ihren Gebirgsdörfern keine Zeitungen zu lesen bekämen.

— **Folgen der Brotpreiserhöhung.** Wegen der bevorstehenden Brotverteuerung nahm der Landesausschuß Bayern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich-national) einstimmig eine Entschließung an, worin eine durchgreifende Aenderung der Lohn- und Gehaltstarife verlangt wird. Die Bayrische Volkspartei und die Sozialdemokraten haben aus dem gleichen Grunde im Landtage beantragt, daß Maßnahmen zum Schutze der Minderbemittelten ergriffen werden.

— **Die Wahlen in Braunschweig.** Sozialistischer Wahlsieg. Bei den im ganzen Freistaat Braunschweig abgehaltenen Landtagswahlen wurden in der Stadt Braunschweig, wie die Br. Landeszeitung meldet, 41 743 Stimmen für die bürgerlichen Parteien und 43 305 Stimmen für die sämtlichen sozialistischen Parteien abgegeben. Nicht gewählt haben in der Stadt etwa zehn Prozent Wähler. Stimmzuwachs erhielten der Landeswahlverband (6600), die Demokraten (1000), die Mehrheitssozialisten (3900) und die Kommunisten (3900 Stimmen). Hingegen haben die Unabhängigen etwa 2000 Stimmen verloren. Nach den gegen Mitternacht aus dem ganzen Lande vorliegenden nicht amtlichen Ergebnissen haben bei den Landtagswahlen die Sozialisten über siebentausend Stimmen mehr erhalten als die Bürgerlichen. — — Auch die bisher aus 290 Orten vorliegenden Wahlergebnisse haben eine sozialdemokratische Mehrheit gezeigt. Es wurden in 290 Orten abgegeben 59300 bürgerliche und 63 024 sozialdemokratische Stimmen. Die Wahlbeteiligung war in Stadt und Land durchschnittlich 90 Prozent.

— **Versorgung in der Höhe der Urlaubsgebührnisse.** Die Versorgungsgebührnisse können nach altem Recht nicht immer in der Höhe der Urlaubsgebührnisse gedeckt werden. Infolge der Umanerkennung nach neuem Recht werden gewisse Gebührnisse nachgezahlt. Die Urlaubsgebührnisse können aber nach einer Verfügung des Reichsarbeitsministeriums dann unberücksichtigt werden, wenn noch kein Rentenbescheid ergangen ist, in dem sie verrechnet sind. Dies ist dann der Fall, wenn ein schwebendes Versorgungsverfahren nach altem Recht in ein Umanerkennungsverfahren übergeleitet worden ist, oder übergeleitet wird. Es kann dies auch geschehen, wenn die Umanerkennung nach neuem Rechten vorbehalten worden ist. Die vorschußfreien Monate müssen bei der Aufrechnung unverkürzt gezahlt werden.

Goslar. Der 99. Kreistag des Kreises Goslar genehmigte einstimmig den Vertrag über das Ausscheiden der Stadt Goslar aus dem Kreise gegen eine Entschädigung von 4 Millionen Mark und Übernahme von 1½ Millionen Mark der für Kriegswohlfahrtsfürsorge und für Kriegsunterstützungen ausgegebenen Beträge. Nachdem die maßgebenden Körperschaften sich über das Ausscheiden der Stadt geeinigt haben, dürfte der Durchführung des Planes von den übrigen Instanzen — Bezirksausschuß, Provinziallandtag und Ministerium — keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Bad Grund. Schweres Grubenunglück. Auf der Grube „Hülfe Gottes" ereignete sich kurz vor Beendigung der Frühschicht ein schwerer Unglücksfall. In einem Querschlag der 9. Strecke waren die Bergleute Friedrich Harzig aus Badenhausen und Otto Bahr von hier mit Sprengarbeiten beschäftigt. Ein Schuß war nicht losgegangen. Als man nach geraumer Zeit die Ursache des Versagens feststellen wollte, erfolgte in diesem Augenblick die Detonation. Der Bergmann Harzig wurde auf der Stelle getötet, während Otto Bahr mit leichteren Verletzungen davonkam.

Halberstadt. Schießerei im Strafkammersaal. Vor der ersten Strafkammer unseres Landgerichts saßen sich Sonnabend eine Reihe Angeklagter wegen eines in Derenburg verübten Zuckerdiebstahls zu verantworten. Unter den Angeklagten, die bisher auf freiem Fuß waren, befand sich auch der Gastwirt Paul Manthey aus Reinstedt i. A. Er verhielt sich während der ganzen Verhandlung vollkommen ruhig. Als er aber aus dem Urteil erfuhr, daß er 1½ Jahre Gefängnis erhalten hatte und sofort in Haft genommen werden sollte, sah er in höchster Aufregung ein Stahlstilette aus der Tasche und schoß damit in der Richtung der Eingangstür in den Zuschauerraum hinein. Der in der Schußrichtung stehende Wachtmeister Blum wäre um Haarsbreite getroffen worden. Unter den Zuschauern entstand eine Panik, sie drängten sich schleunigst zur Türe hinaus. Den zweiten Schuß suchte der Angeklagte auf sich selbst abzugeben, aber die Waffe schien zu versagen. Im nächsten Augenblick hatten die anwesenden Justizwachtmeister dem Rasenden die Waffe entwunden. Mit Hilfe eines Sicherheitspolizeibeamten konnte der sich dauernd widersetzende Manthey unter größten Beschwerden in die Zelle gebracht werden. Glücklicherweise ist durch die Schießerei in dem vollbesetzten Saale niemand verletzt. Die Angelegenheit wird für den Gastwirt noch ein unangenehmes Nachspiel haben. (Der oben erwähnte Paul Manthey durfte während des Krieges auf der Palmenfabrik Rüdeland als Techniker tätig gewesen sein. D. R.)

Hannover. 425 000 Mark unterschlagen. Der bei der Eisenbahnkatastrophe Hannover-Nord in der Joachimstraße tätige Eisenbahnsekretär Rodermeyer, ein älterer Mann, der bei seinen Vorgesetzten und Kollegen den Ruf besonderer Zuverlässigkeit genoß, hat sich umfangreiche Veruntreuungen amtlicher Gelder zuschulden kommen lassen. Er verstand es, seit dem Jahre 1919 durch fortgesetzte Handlungen die Summe von etwa 425 000 Mark zu unterschlagen. Rodermeyer scheint unter dem unheilvollen Einfluß eines seiner Kollegen gestanden zu haben, der auch einen großen Teil des Geldes erhalten hat und zur Einrichtung eines Warenlagers und zu sonstigen gewinnbringenden Zwecken verwandte. Es werden auch zwei weitere Beamte genannt, die eventuell von Rodermeyer große Beträge erhalten und sie zu geschäftlichen Unternehmungen verbraucht haben sollen. Die Veruntreuungen waren deshalb möglich, weil es sich im wesentlichen um Gelder handelte, deren endgültiger Zweck und Verrechnungsstelle noch nicht feststanden. Solche Beträge werden von den Eisenbahnkassen angenommen und vorläufig als durchlaufend gebucht. Sie entziehen sich daher sehr leicht der Kontrolle der Revisionsbeamten und lassen sich, wenn die Posten durch später eingezahlte Gelder ausgeglüht werden und keine zufällige Entdeckung eintritt, unter Umständen lange verschleiern.

Auf der Höhe

ist der

Spezial-Separator

mit selbstbalancierender Trommel.

Schärfste Entrahmung. Höchste Leistungsfähigkeit. Leichte und bequeme Reinigung. Leichtester Gang. Dauerhafte Bauart. Lange Lebensdauer

sind die Vorzüge der Milchschleudern. Der außerordentlich einfache Trommeleinsatz bringt

mehr Butter und bessere Butter

Ueber **300** Stück hier und in den Nachbarorten zur vollsten Zufriedenheit der Besitzer im Betriebe. In verschiedenen Größen zu haben bei

Oel und Ersatzteile sowie Reparaturen preiswert und gut. **H. Rensch.**

Gedenket der hungernden Vögel im Winter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-25378059419220125-14/fragment/page=5